

## Auf dem Weg in die politische Bedeutungslosigkeit?

Ein Buch über die katholische Kirche in Deutschland

*Thomas M. Gauly: Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust. Bouvier Verlag, Bonn 1991. 473 Seiten, 68,- DM.*

Die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland ist eine gesellschaftliche Großorganisation, die vielen noch immer geheimnisvoll erscheint. Doch wie im politischen Leben geht es auch hier um Macht und Einfluß. Thomas M. Gauly hat das im vorliegenden Buch in beeindruckender Art und Weise dargestellt.

Für Gauly ist die Geschichte der Kirche eine Geschichte des Machtverfalls. So sprengte die Reformation das Machtmonopol der katholischen Kirche in Europa, und die Säkularisierung infolge der Französischen Revolution schleifte die Bastionen der Macht in den Nationalstaaten. Mit der Industrialisierung und der – insbesondere in diesem Jahrhundert – einsetzenden Technisierung und Pluralisierung der Wertsysteme in der Gesellschaft begann auch die geistige Macht der Kirche über das Individuum zu erodieren. Dieser Prozeß ist bis dato im Gange; wenn er nicht gestoppt werden kann, droht die Entchristlichung eines ganzen Kontinents. Gauly beschreibt den Weg der Kirche in die „politische und gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit“ mit Akribie und großem Einfühlungsvermögen. Man merkt den Ausführungen an, daß der Autor an seiner Kirche leidet. In zehn übersichtlichen Kapiteln werden die Kriterien kirchlicher Macht, ihr moralischer Machtanspruch nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre Stellung in der Parteiendemokratie, ihre Rolle bei der Beratung und Verabschiedung des Grundgesetzes, ihr Verhältnis zu den Parteien und den damit zusammenhängenden Sachfragen sowie die Wahlentscheidungen der Katholiken untersucht. Ein Ausblick über die zukünftige Rolle der Katholiken im wiedervereinigten Deutschland rundet das Bild ab.

Nach Gauly kommt Macht in der Fähigkeit zum Ausdruck, „Institutionen und Organisationen, Verhaltensweisen auf einer Massenbasis zu bestimmen, Denkstile, Verhaltensstile, Lebensstile durchzusetzen und sie in den Entscheidungseliten so wirksam zu repräsentieren, daß ihre Kontinuität gesichert bleibt“. Demzufolge übt die Kirche Macht durch ihren missionarischen Auftrag aus, allen Völkern den Glauben zu bringen. Das hierarchische Prinzip verpflichtet zu Gehorsam. Hinzu tritt der Unterschied zwischen Priestern und Laien, der nicht nur gradueller, sondern wesentlicher Natur ist. Schon aufgrund ihrer Größe und relativen Geschlossenheit stellt die Kirche eine Macht dar. Die schöpfte sie bis Ende der fünfziger Jahre auch aus ihrer Sachkompetenz. Die Sozialgesetzgebung (Kindergeldgesetz und Rentenreform) sei hier nur als Beispiel genannt. Erstmals Anfang der sechziger Jahre wurde diese Kompetenz in Frage gestellt, und seit den siebziger Jahren spielt die Kirche in Wirtschafts- und Sozialpolitik keine Rolle mehr.

„Not lehrt beten“ und füllt die Kirchen, könnte man hinzufügen, wenn nach den Gründen des Selbstbewußtseins der katholischen Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg gefragt wird. Das Bewußtsein, dem nationalsozialistischen Terror widerstanden zu haben, ließ beim deutschen Episkopat ein Gefühl der Macht und Bestätigung aufkommen, das das Handeln der Kirche in den folgenden Jahren bestimmen sollte. Hiermit war die Gefahr kirchlicherseits gegeben, „sich in ein religiöses Hochgefühl hineintreiben zu lassen“.

Die ersten Jahre nach 1945 waren nach Gauly gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen mit den Alliierten und innerkirchlichen Problemen. Der Episkopat behinderte eine schnelle Wiederherstellung des katholischen Vereinswesens. Wilhelm Böhrer plädierte für eine stärkere Bindung der Laien an die Amtskirche und gegen die Neugründung des „Volksvereins“. Die Vereine organisierten sich schließlich weitgehend ohne Absprache mit den Bischöfen. Auf der politischen Ebene gab es von Anfang an einen engen Schulterschuß von katholischer Kirche und Unionsparteien, obwohl das Zentrum noch anfänglich für einige Irritationen sorgte. Konrad Adenauer hatte schon frühzeitig Kardinal Frings auf seine Seite ziehen können, der dann auch nach 1948 in die CDU eintrat.

Von dieser engen Verbindung von Politik und Religion erhoffte sich die Kirche, daß sie ihre Wertvorstellungen in Staat und Gesellschaft durchsetzen könne. Besonders schwer tat sich die Kirche mit der SPD und den Liberalen. In der Schulfrage und der Übernahme des Reichskonkordats lagen zwischen ihnen Welten. Die Kirchenvertreter warnten vor den Konzilen vor beiden Parteien. Gauly's Ausführungen lesen sich in diesen Passagen wie eine Kriminalgeschichte. Harte Auseinandersetzungen gab es bei der Beratung des Grundgesetzes, insbesondere beim „Elternrecht“. Hierbei ging es der Kirche darum, die konfessionelle Bekenntnisschule der staatlichen gleichzustellen. Dieses Hauptanliegen konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Bereits zu diesem Zeitpunkt zeigten sich die Grenzen des politischen Einflusses der Kirche.

Gauly zeigt auf, daß die fünfziger Jahre von einer engen Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und katholischer Kirche geprägt waren. Insbesondere das enge Verhältnis Adenauers zu Kardinal Frings konnte die Wogen immer wieder glätten. Die Kirche ließ sich oft zu politischen Zwecken instrumentalisieren, was sich deutlich in den Wahlhirtenbriefen ausdrückte. In ihnen wurde vor Kommunismus und Liberalismus gewarnt, womit man Sozialdemokraten und Liberale meinte.

Über das Verhältnis zwischen Kirche und SPD fördert Gauly Interessantes zutage. Willy Brandt gebührt für die Aussöhnung mit der katholischen Kirche ein besonderes Verdienst. Die sechziger Jahre waren nicht nur politisch, sondern auch kirchenpolitisch

unruhige Zeiten. Der sogenannte Linkskatholizismus meldete sich zu Wort und verlangte von der Kirche, ihre einseitige parteipolitische Bindung an die Unionsparteien aufzugeben. Männer wie Dirks, Kogon, Böll und Amery verlangten eine „Öffnung nach links“. Die sechziger Jahre machten auch deutlich, daß die Union nicht immer der beste Sachwalter der Kirche war. Eine deutliche Entfremdung setzte ein. Auch im Episkopat wurden Friktionen sichtbar zwischen Befürwortern einer „Öffnung nach links“ und Unionisten.

Durch die Verabschiedung des Godesberger Programmes wurde auch die SPD für Katholiken wählbar. Der Anteil der Katholiken unter den SPD-Wählern stieg kontinuierlich seit 1961 von 26 Prozent und erreichte 1972 mit 39 Prozent seinen Höhepunkt. Bis 1983 fiel er jedoch wieder auf 25 Prozent. Mit der Sympathiezunahme zwischen Kirche und SPD korrespondierte in den sechziger Jahren eine Entfremdung zwischen Union und Kirche. Insbesondere die CSU wehrte sich gegen den Einfluß der „klerikalen Macht“. Das Faß wurde zum Überlaufen gebracht, als Kardinal Döpfner Strauß von einer abermaligen Kandidatur zum CSU-Vorsitzenden abriet. Jetzt plädierte Strauß für eine Abkopplung der Union von der katholischen Kirche. Er wehrte sich auch immer gegen das spezifisch „Christliche“ in der Union.

Gauly würdigt die Regierungserklärungen sozialdemokratischer Bundeskanzler in bezug auf die Rolle und Aufgabe der Kirchen. Enttäuschend dagegen nähmen sich die Ausführungen Kanzler Kohls aus; sie enthielten so gut wie keine Würdigung der Kirchen. Das Verhältnis der Union zu den Kirchen ist ambivalent. Das zeigt sich am deutlichsten bei der Frage des Paragraphen 218. Sie ist die „Gretchenfrage“ für die katholische Kirche. In dieser brisanten Frage verschanzt sich die Union hinter der FDP, der sie die Schuld an einem Nichtzustandekommen der Reform gibt. Wie gespannt das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Union in diesem Punkte ist, zeigt der jüngste Vorwurf der Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Rita Waschbüsch, daß die Union die Segel beim Lebensschutz gestrichen habe.

Gauly's Ausführungen ist eine gewisse Sympathie für einen kritischen Katholizismus nicht abzusprechen. Er verurteilt den aufkommenden Antimodernismus Roms, der sich gegen Aufklärung, Pluralismus und Gewissensentscheidung des einzelnen richtet. Er prangert die römische Geheimdiplomatie und die denunziatorischen Methoden innerhalb der katholischen Kirche an. In diesem Zusammenhang wird auch das Opus Dei genannt, dem die Sympathie des Papstes gelte. Gefordert sei mehr Selbstbewußtsein gegenüber Rom. Sollten sich die deutschen Theologen und Bischöfe dazu nicht aufraffen, so seien der Machtverlust und die Kirchenkrise nicht mehr aufzuhalten.

LUDWIG WATZAL